

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Produkt

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2012
zum Jugendhilfeausschuss (JHA) am 12.01.2012 und
zum Schulausschuss (SchA) am 13.01.2012

Überschrift

Planungskosten für die Einrichtung von zwei Offenen Ganztagsgrundschulen zum Schuljahr 2013/2014

Beschlussvorschlag

Um das Ziel eines bedarfsgerechten Ausbaus der Schulkindbetreuung im Grundschulbereich zu erreichen, sollen weitere Grundschulen in Offene Ganztagsgrundschulen (OGS) umgewandelt werden. Damit zum Schuljahr 2013/2014 mindestens 2 weitere Ganztagsgrundschulen ihren Betrieb aufnehmen können, werden im Haushalt 2012 Planungskosten von **100.000 €** eingesetzt und die notwendigen Mittel für die bauliche Herrichtung von 2 Schulen in den Investitionsplan 2013 aufgenommen.

Begründung

Erklärtes Ziel der Stadt Braunschweig ist es, im Grundschulbereich ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen vorzuhalten. Für die Jahre 2012 und 2013 sind jeweils 200 bzw. 300 zusätzliche Betreuungsplätze eingeplant, so dass ein Versorgungsgrad von 40 % erreicht wird. Der tatsächliche Bedarf wird aber sicher höher liegen.

Es ist zweifelhaft, dass das angestrebte Ziel ohne Umwandlung weiterer Schulen in Ganztagsgrundschulen nach dem Braunschweiger Modell erreicht werden kann, da der Raumbedarf für vom Schulbetrieb getrennte Betreuungsgruppen nur in den wenigsten vorhandenen Gebäuden gedeckt werden kann, bzw. hohe Investitionen für separate Bauten erforderlich wären. Im Jahr 2012 wird keine Schule in eine OGS umgewandelt, dies kann frühestens wieder 2013 geschehen. Aus den Erfahrungen anderer Schulen, wird aber kaum eine Schule für 2013 einen Antrag stellen, wenn die notwendigen Bauplanungen erst 2013 aufgenommen werden und sicher nicht zum Schuljahrsbeginn im Sommer umgesetzt werden können.

Es ist deshalb unausweichlich, schon 2012 mit Planungen zu beginnen, um nicht erst 2014 die nächste Ganztagsgrundschule betreiben zu können. Bis zum Sommer 2012 könnte in Absprache mit den Schulen eine Klärung erreicht werden, welche Schulen zum Ende des Jahres einen Umwandlungsantrag stellen wollen, und dann mit konkreten Planungen für diese Schulen begonnen werden.

Unterschrift